



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Elke Ferner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

PLH, Zi. 5737
11011 Berlin
Ansprechpartner/in:
Michael Matzke, Julia Lenfers
Tel: (030) 227 – 70 660
Fax: (030) 227 – 76 660

Wahlkreis

Talstr. 58
66119 Saarbrücken
Tel: (0681) 51060
Fax: (0681) 52207

Berlin, den 3. Dezember 2002

Bundestagsrede zum Einzelplan 16 – Erste Lesung, 3.12.2002

Anrede,

Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit,

das sind die Leitlinien für die Politik dieser Koalition für die nächsten 4 Jahre. Das, was Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in den letzten Wochen hingegen veranstalten, ist Miesmacherei.

Allmählich scheint bei Ihnen ein Licht aufgegangen zu sein und nun legen Sie 11 Wochen nach der Bundestagswahl einige Vorschläge auf den Tisch. Und mit diesen Vorschlägen wird nun auch endlich deutlich, wo die Unterschiede liegen.

Wir wollen den Sozialstaat erneuern und zukunftssicher machen. Sie wollen ihn demontieren.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit, auch mehr Steuergerechtigkeit, und die Einnahmen des Staates auf eine solide Grundlage stellen. Sie wollen den Staat ausplündern, um Steuergeschenke für die Besserverdienenden zu machen.

Der Staat muss aber auch in Zukunft handlungsfähig bleiben, um die Daseinsvorsorge auch erfüllen zu können. Er muss gerade in einer wirtschaftlich nicht einfachen Zeit investieren in Bildung, in Infrastruktur, in Umweltschutz und Zukunftstechnologien. Und gleichzeitig konsolidieren wir einen Haushalt, den Sie uns 1998 in einem katastrophalen Zustand hinterlassen haben.

Das, meine Damen und Herren, ist Nachhaltigkeit und auch Generationengerechtigkeit.

Auch der Umwelthaushalt des Bundes folgt dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Sowohl aus umweltpolitischer als auch aus finanzpolitischer Sicht. Die Opposition hingegen ist beim Thema Umweltschutz auf dem Stand der frühen 80er Jahre stehen



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

geblieben. Nachsorgender Umweltschutz – vielleicht. Vorsorgender Umweltschutz, Nachhaltigkeitsstrategie, Entscheidungen von heute auf Ihre Folgewirkungen in der Zukunft überprüfen – Fehlanzeige. So könnte man Ihre Umweltpolitik beschreiben.

Welchen Stellenwert die Umweltpolitik für Sie hat, konnte man schon daran erkennen, dass in Ihrem sogenannten Kompetenzteam niemand für den Bereich Umwelt zuständig war.

Die Krokodilstränen, die Sie heute beim Thema Dosenpfand vergießen, sind auf Ihre eigenen Versäumnisse in der Vergangenheit zurückzuführen. Nur noch mal zur Erinnerung, die Verpackungsverordnung von 1991 kam aus dem Hause Töpfer! 72 % sollte der Anteil der Mehrwegquote an Getränkeverpackungen nicht unterschreiten. Die Industrie hat dies gewusst und sich in der Hoffnung auf die Gerichte oder einen Wahlsieg der Union nicht daran gehalten. Auch die Folge war bekannt: ein Pfand auf Einwegverpackungen.

Wenn dies nun 11 Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung von der Industrie und teilweise auch von der CDU/CSU und der FDP beklagt wird, ist das schlicht nicht mehr nachzuvollziehen. Alle Beteiligten hatten Zeit sich darauf einzustellen. Durch die Einführung des Dosenpfandes werden 250.000 Arbeitsplätze erhalten und zugleich werden mehr Wertstoffe dem Recycling zugeführt und die Landschaftsvermutzung mit Plastik- und Dosenmüll wird deutlich zurückgehen. Das ist ein sichtbarer Erfolg rot/grüner Umweltpolitik!

Für uns ist Umweltpolitik eine Querschnittsaufgabe. Dies spiegelt sich auch im Bundeshaushalt wider. Im gesamten Bundeshaushalt sind rund 4,4 Milliarden Euro für den Umweltschutz veranschlagt. Der BMU-Haushalt macht mit seinen 533,4 Millionen Euro etwa 13% aus.

Nun werden Sie von der Opposition sagen, dass ja auch der Umwelthaushalt mit 3% zur Haushaltskonsolidierung beitragen muss. Das ist zwar richtig, aber es kommt eben auch darauf an, wofür man Geld ausgibt. Durch die Übertragung der Verantwortung für die erneuerbaren Energien wächst der BMU-Haushalt um über 300 Millionen Euro. Das sind gut 50 % des gesamten Haushaltsvolumens des Ministeriums. Allein im nächsten Jahr stehen für das Marktanreizprogramm 190 Millionen Euro zur Verfügung. Der Anstieg dieser Mittel ist zunächst einmal auf 230 Millionen Euro im Jahr 2006 festgelegt.

Hätten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in Ihrer Regierungszeit nicht so blind ausschließlich auf die Kernenergie gesetzt, könnten wir in diesem Bereich schon viel weiter sein. Durch den Atomausstieg und die damit verbundene bedarfsgerechten Anpassungen im Endlagerbereich konnten bei den Projekten Konrad und Gorleben noch einmal 8,2 Millionen Euro eingespart werden.

Der Mehrbedarf im Stammhaushalt des BMU entsteht vor allem durch zwei Bauprojekte. Für den Umbau des „Alten Hochhauses“ und den Erweiterungsbau des Bundesamtes für Naturschutz in Bonn werden insgesamt 12,3 Millionen Euro benötigt. Diese Mittel werden aber hausintern aufgebracht. Zum Beispiel durch Senkung der Verwaltungskosten (um 1,1 %) und der Programmkosten (um 2,1 %).



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Des Weiteren reduzieren sich die Raten für das Aktionsprogramm Tschernobyl und die Sanierung des Sarkophags (ca. 1,5 Millionen Euro). Die Umstellung der Zahlungsweise der Fördergelder der Pilotprojekte Inland auf Ratenzahlung setzt zusätzlich 4 Millionen Euro frei.

Die Union würde es gerne sehen wenn die Pilotprojekte Inland komplett gestrichen werden. Aus fadenscheinigen Gründen zweifeln Sie den Sinn dieser Projekte an, von denen das Rheinisch-westfälische Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI) in einer aktuellen Studie schreibt, das Förderprogramm Pilotprojekte Inland ist ein „wesentliches Kernelement zur Fortentwicklung der deutschen Umweltpolitik.“

Die Fördergelder dieses seit über 20 Jahren erfolgreichen Instruments der Umweltpolitik kommen vor allem in letzter Zeit verstärkt kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute. Dieses Förderprogramm etabliert umweltschonende Techniken und Materialien am Markt und es hilft kleinen und mittelständischen Unternehmen. Selbst unter Herrn Töpfer und Frau Merkel standen die Mittel für die Pilotprojekte Inland nie zur Disposition.

Durch weitere Umschichtungen im Umwelthaushalt werden zusätzliche Mittel für die Beratungshilfe für den Umweltschutz in Mittel- und Osteuropa frei. Dieser Etat wird um 21,7 % auf 2,24 Millionen Euro erhöht. Gerade mit der Perspektive auf die EU-Erweiterung haben wir uns seit gut vier Jahren in diesem Bereich verstärkt engagiert. Trotz der Kenntnis der teilweise verheerenden Umweltzustände bei den osteuropäischen Nachbarn haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, es anscheinend vorher nicht für nötig erachtet hier beratend, unterstützend nachbarschaftliche Hilfe zu leisten.

Seit der Regierungsübernahme 1998 haben wir die Projektförderung für Umwelt- und Naturschutzverbände kontinuierlich aufgestockt. Sie wird in diesem Haushalt nochmals um 7,1 % steigen und liegt damit 71 % höher als im Jahre 1998. Der Schwerpunkt liegt klar auf der projektbezogenen Förderung. Das Fördervolumen ist dafür nochmals um 40 % zur Projektförderung verschoben worden. Damit kommen gut 70 % des Titels – das sind 826.000 Euro – direkt denen zugute, die sich aktiv für eine Verbesserung ihrer Umweltsituation einsetzen. Wir haben auch die Arhus-Konvention unterzeichnet die eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei umweltrelevanten Vorhaben vorsieht und somit mehr Transparenz schafft.

Im Umweltbundesamt werden durch die Schaffung von 10 neuen Stellen die Voraussetzungen geschaffen, den Berichterstattungspflichten des Kyoto-Protokolls und dem Vollzug des Biozidgesetzes nachzukommen.

Im Vergleich zu den anderen Einzelplänen ist der Umwelthaushalt ein kleiner Haushalt. Der Schwerpunkt des Bundes liegt nach wie vor in der Entwicklung umweltpolitischer Leitlinien und der Umweltgesetzgebung. Deren Umsetzung und Finanzierung übernehmen zum größten Teil die Länder und – nach dem Verursacherprinzip – diejenigen, die für die Umweltbelastungen verantwortlich sind. Trotz der verhältnismäßig geringen Haushaltsmittel liegt der BMU-Haushalt mit



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

einem Investitionsanteil von knapp 40 % deutlich über dem Durchschnitt des Bundeshaushaltes.

Eine deutliche Trendwende haben wir durch die Einführung der ökologischen Steuerreform erreicht. Der Ressourcenverbrauch ist entsprechend seiner Auswirkungen auf die Ökosysteme teurer geworden. Mit den Einnahmen haben wir die Lohnnebenkosten gesenkt. Mit dem CO²-Minderungsprogramm und der Förderung der regenerativen Energien werden nicht nur Altbauten und Heizungsanlagen modernisiert, sondern die Privathaushalte können ihren Energiekosten reduzieren, es werden kleinteilige Investitionen angestoßen, die der lokalen und regionalen Wirtschaft zu Gute kommen und wir kommen damit unseren Verpflichtungen zur CO²-Reduzierung durch das Kyoto-Protokoll nach.

Diese Beispiele zeigen, dass vorsorgender Umweltschutz und Beschäftigung keine Widersprüche sind, sondern einander bedingen.

Auch die großen Programmtitel werden auf hohem Niveau fortgeschrieben. Für Naturschutzgroßprojekte liegt der Ansatz bei 18 Millionen Euro, für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Naturschutzes bei 5,7 Millionen Euro und für die Umweltforschungstitel steht mit 61,8 Millionen Euro etwas mehr als 2002 zur Verfügung.

Nachhaltigkeit und ökologische Erneuerung können aber nur erfolgreich sein, wenn ressortübergreifend an dieser Aufgabe gearbeitet wird. Daher verwundert es nicht, dass sich in vielen Ressorts umweltrelevante Ausgaben finden lassen:

Das BMWA wird den größten Teil seines Etats für die Verpflichtungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – 357,6 Millionen Euro – ans BMU übergeben. Weiterhin werden vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium 235,9 Millionen Euro für die Sanierung der Wismut-Altlasten der ehemaligen DDR aufgebracht. Die Förderung von Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung stehen im Mittelpunkt der 798 Millionen Euro, mit denen das BMZ Projekte in den Entwicklungsländer unterstützt. Das BMF investiert in diesem Haushaltsjahr 495 Millionen Euro hauptsächlich in die Altlastensanierung des Braunkohletagebaus der ehemaligen DDR. Für die Grundlagenforschung zum Umweltschutz finanziert das BMBF Projekte zur umweltgerechten nachhaltigen Entwicklung unter Berücksichtigung globaler Umweltaspekte in einem Volumen von 580 Millionen Euro.

Insgesamt liegt das Volumen der Umweltschutzausgaben des Bundes im Jahr 2003 bei 4,4 Milliarden Euro und damit sogar leicht über dem Vorjahreshaushalt. Hinzu kommen 3 Milliarden Euro, die aus den Umweltschutzkrediten der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung stehen sowie 1 Milliarde Euro aus dem ERP-Sondervermögen.

Das sind alles in allem 8,4 Milliarden Euro, die dem Umweltschutz dienen. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen setzen wir den 1998 begonnenen ökologischen Umbau fort.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Nachhaltigkeit und ökologische Erneuerung sind gerade für zukünftige Generationen lebensnotwendig, wenn nicht sogar überlebensnotwendig. Wir werden auch weiterhin in unsere Zukunft – unsere Umwelt – investieren. Leider lässt sich die Rendite dieser Investitionen nicht immer in Euro und Cent berechnen, aber auf jeden Fall in mehr Lebensqualität für kommende Generationen.